

V0408/21

## Nachhaltigkeitsagenda Ingolstadt

### **Stadtrat vom 22.06.2021**

Herr Meier erinnert daran, dass im Dezember vergangenen Jahres die Ergebnisse der stadtinternen Diskussion zur Nachhaltigkeit vorgelegt worden seien und der Stadtrat den Wunsch geäußert habe, diese in einer Sitzung nochmals zu diskutieren. Weiter zitiert er aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz. Bei dessen Betrachtung sei die Entscheidung des Stadtrates in Februar 2019, eine eigene Nachhaltigkeitsagenda zu erstellen, die Richtige gewesen. Mit der heutigen Sitzung, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates, finde der erste Teil des lokalen Prozesses seinen Abschluss. Am kommenden Freitag obliege es dem Lenkungskreis Nachhaltigkeit, die passenden Partner für die nächsten Verfahrensschritte zu finden. Weiter folgten die öffentlichen Diskussionen, die Beratungen und die Entwicklung konkreter Handlungskonzepte.

Herr Dr. Holzner von iCONDU geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Nachhaltigkeitsagenda für Ingolstadt ein. Er stellt besonders die Methodik und das Vorgehen sowie die Indikatoren, das Zielmodell Ingolstadt und die Projektbeispiele dar. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadträtin Klein zeigt sich erfreut über den detaillierten Vortrag und die gute Herangehensweise. Sie gehe davon aus, dass niemand die Bedeutung des nachhaltigen Handels in Frage stellen werde. Es handle sich um die Sicherung der Existenz von Mensch und Tier und bedürfe einer schnellen Umsetzung. Stadträtin Klein geht auf zwei Punkte ein: Sie gehe davon aus, dass es eine große Herausforderung sei, dieser im Prozess und auch im Nachhinein gerecht zu werden. Dabei verweist sie auf die Bürger, welche an jeder Stelle mitgenommen werden müssten. Diesen müssten genau, auch visuell anschaulich, alle Maßstäbe und das Handeln erklärt werden. In dem Prozess solle nichts aus den Augen verloren werden und die Bürger sollten mit einbezogen werden. Insofern solle an die Kommunikation zu diesem Thema gedacht werden. Beim zweiten Thema verweist sie auf die Finanzierbarkeit und betont, dass sie hier Bauchschmerzen habe. Die Kommune habe nur begrenzte Möglichkeiten zur Finanzierung. Dabei verweist sie auch auf die Übergangsphasen, welche finanziell sehr anspruchsvoll seien. Insofern sei es im Hinblick auf die Planungssicherheit sinnvoll zu erfahren, was in den einzelnen Bereichen auf die Stadt zukomme. Stadträtin Klein geht davon aus, dass nicht alles aus kommunalen Mitteln zu tragen sei und verweist dabei auf die Unterstützung der EU, des Bundes und der Länder. Dies sei für das Vorankommen der Kommunen dringend erforderlich. Es sei ersichtlich, dass in vielen Bereichen ein Paradigmenwechsel anstehe. Dies sei gerade bei der Verkehrswende, bei der energetischen Sanierung und auch bei den Neubauten ersichtlich. Die Stadt werde hier in den nächsten Jahren stark gefordert. Insofern brauche der Stadtrat Planungssicherheit.

Als Entscheidungsunterstützung verweist Stadträtin Peters auf die in der Vergangenheit aufgeführten Zielvorstellungen der Stadt. Sie empfehle jedem, hier reinzuschauen und zu

überlegen, wie nahe man hier an den Vorgaben geblieben sei und wo man derzeit stehe. Sie begrüße auch, mit einem Modell zu arbeiten. Diese Indikatoren seien nicht als Muss, sondern als Hilfe zu verstehen.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass man sich mit der Nachhaltigkeitsagenda auf den Weg gemacht habe, die Lebensgrundlage auf diesem Planeten zu erhalten. Er gehe davon aus, dass die Bürger auf diesem Weg, wie auch bereits bei den Tagen der Nachhaltigkeit, in der Kommunikation und den weiteren Prozessschritten mitgenommen würden. Das Thema müsse immer wieder auf die Tagesordnung, sonst drohe dies in den aktuellen Tagesthemen unterzugehen. Fraglich sei allerdings, ob dies unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden müsse. Es sei klar zu schauen, welche Maßnahmen darstellbar seien. Es müssten aber auch die Folgen bedacht werden. Dabei verweist er auf die Wirtschaftlichkeit, die ökologischen und die sozialen Aspekte. Insofern müsse man auch bereit sein, den Finanzierungsvorbehalt im Sinne anderer Ziele hintenanzustellen. Er regt an, gemeinsam kräftig, öffentlich und energisch auf diesem Weg voranzuschreiten, denn es handle sich um die Grundlage des Lebens.

Stadträtin Bulling-Schröter erklärt den Begriff der Nachhaltigkeit und bringt vor, dass nicht mehr Fische aus dem Meer gefischt werden dürften als wieder nachwachsen. Im Hinblick auf die eingefahrenen Verhaltensweisen würden manche Dinge einfach und manche schwierig in der Umsetzung. Die Gesellschaft müsse sich über die Parteigrenzen hinweg verändern, damit zukünftigen Generationen auch noch Fische zur Verfügung stünden. Stadträtin Bulling-Schröter erinnert an das Dreieck der Nachhaltigkeit „Ökonomie – Ökologie – Soziales“. Es handle sich nicht nur um die Ökonomie und das Geld. Für Geld könne man sich vieles kaufen. Insofern solle anders rangegangen werden. Manchmal sei Nachhaltigkeit auch ein Verzicht und insofern könne dadurch Geld gespart werden. In diesem Sinne sollten die Beschlüsse künftig langfristiger diskutiert und betrachtet werden. Sie habe manchmal das Gefühl, dass zu kurz überlegt werde und nicht bedacht werden, wie in vierzig Jahren mit den ganzen Projekten umgegangen werde.

Stadtrat Lange verweist auf die Workshops und erinnert an die vielen Diskussionen, die in Zukunft geführt werden müssten und auch schon geführt worden seien. An Stadträtin Klein gewandt sagt er, es sei richtig, die Kommunikation mit den Menschen der Stadt zu suchen. Dies sei einer der wichtigsten Punkte. Die Menschen müssten mitgenommen werden. Dies sei aber nicht der erste Punkt. Als erstes müsse man sich darüber im Klaren sein, dass die Politik Ziele brauche. Der Stadtrat sei nicht da, um die Finanzierbarkeit zu prüfen, auch nicht, ob es die richtige Kommunikationsstrategie gebe. Dieser müsse der Kommune sagen, dass es Ziele gebe, um die Themen Nachhaltigkeit, Schutz der Umwelt und Schutz des ganzen globalen Systems sicherzustellen, nicht mehr und nicht weniger. Er wolle heute nicht darüber sprechen, ob es bereits die richtige Kommunikationsstrategie gebe und auch nicht, ob man sich diese leisten könne. Nach seinen Worten sei eine Abwägung der einzelnen Teilziele sinnvoll. Er bittet darum, die SDG's ernst zu nehmen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Ingolstadt keine Insel der Glückseligen sei. Ingolstadt sei ein Teil dieser Erde und somit in der Verantwortung.

Bürgermeisterin Kleine verweist auf das integrierte Klimaschutzkonzept und die aktuell fertiggestellte Treibhausgasbilanz. Es gehe hier um verschiedene Handlungsfelder. Dabei verweist sie auf die Wissenschaft und auf das Bundesumweltministerium, aus dessen Mitteln die Klimaschutzmanagerin von Ingolstadt gefördert werde. Diese Förderung arbeite in einem eigenen Tempo und nach anderen Überlegungen. Diese sei straff organisiert und gebe ganz klare Zeitziele vor. Das Ziel sei die Vorlage eines integrierten Klimaschutzkonzeptes bis März

2022. Ingolstadt habe sich hierzu bereits eigene Ziele gesetzt. Dabei verweist sie auf die klimaneutrale Stadtverwaltung bis zum Jahr 2030 und die klimaneutrale Stadt bis zum Jahr 2050. Weiter verweist sie auf die Finanzierung. Es sei klar, dass die Nachhaltigkeit und der Klimaschutz mit Investitionen verbunden seien. Die Finanzierung komme aus verschiedenen Quellen, wie u. a. Bund und Land. Lösungen kämen vor allem aus dem Innovationsdrang der Wirtschaft. Weiter sei auch die Forschung mit ins Boot geholt worden. Die Prozesse würden synchronisiert und die Nachhaltigkeit und das Thema Klima seien eng miteinander verknüpft.

Frau Späth geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Zwischenbericht des integrierten Klimaschutzkonzeptes ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Klimaschutzmanagerin von neuen Zielen gesprochen habe. Insofern sei es ein Leichtes für die Fraktionen zu sagen, dass aufgrund der aktuellen Gesetzeslage der Stadtratsbeschluss für 2050 auf z. B. das Jahr 2040 geändert werden müsse. Vieles sei in Bewegung. Aufgabe sei im nächsten Jahr, die Ingolstädter Klimaziele neu zu definieren, transparent und datenbasiert.

Stadtrat Pauling verweist auf das Bilanzierungssystem und dass Ingolstadt bei den Rankings ganz oben dabei sei. Hinsichtlich dessen komme es immer leichter zu Fehloptimierungen. Als Beispiel verweist er auf die nicht in Ingolstadt angesiedelte Zementfabrik. Diese sei aber beim Bau ein riesiger Faktor hinsichtlich der grauen Energie. Hier könne man zur Holzbauweise tendieren, welche aber nicht in die Bilanz eingehe. Er hoffe, dass in diesem Bereich immer an das große Ganze gedacht werde. Die Bewusstseinsbildung im Hinblick auf den Konsum müsse ernst genommen werden. Er hoffe in diesem Prozess den Eigenfaktor zu berücksichtigen, an dem sich Ingolstadt selbst messe.

Nach den Worten von Bürgermeisterin Kleine ist es wichtig, nicht nur innerhalb der Treibhausgasbilanz zu denken. Sondern es sei wichtig, den Klimaschutz und auch die anderen Zusammenhänge in diesem Kontext zu sehen. Die Unternehmen müssten motiviert werden, die Bilanz ihrer eigenen Treibhausgasbilanz zu optimieren und gegen Null zu treiben. Es zudem notwendig, dass jeder Beschluss eine Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung und eine CO<sub>2</sub> Abschätzung erhalte. Diese muss allerdings als Verwaltungsvorgang konkret entwickelt werden.

Stadtrat Höbusch betont, dass die Bilanz mit den den SDG's zusammengedacht werden solle. Bei künftigen Vorlagen solle eine nachvollziehbare Einschätzung der Nachhaltigkeitsziele erfolgen. Sechseinhalb Jahre seien ein kurzer Zeitraum.

Die Diskussion ist nach den Worten von Stadträtin Peters relativ theoretisch. Sie wünsche sich hier noch konkreter zu werden. Gerne sei sie zur früheren Erreichung der Klimaneutralität bereit. Im Hinblick auf die Bürgerschaft solle die Kommunikation konkreter werden, somit könnten diese in die Bürgerbeteiligung mit eintreten. Das Thema könne der Stadtrat alleine nicht lösen. Hier bedürfe es jeder Beteiligung und insofern auch der Überzeugung.

Man sei sich einig, dass die Zielsetzung nicht nur ein normatives Zukunftsziel sein könne, sondern dies tatsächlich Auswirkungen habe, so Stadtrat Dr. Meyer. Er verweist auf die Bürokratie, bei der Nachhaltigkeits- und Klimafolgenabschätzung bei jeder Beschlussfassung. Seine Anforderung an die Gesetzgeberprozesse sei, diese nicht allzu

hoch aufzuhängen. Weiter erkundigt er sich zu den Verzögerungen und den Kosten bei den Planungen von großen Projekten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei ganz bei Stadtrat Dr. Meyer. Bei der Klimaneutralität sei er absolut dabei, denn es sei ersichtlich, in welchem Spannungsfeld man sich hier bewege. Weiter verweist er auf die Investitionsliste.

Der Baubereich sei einer der ganz maßgeblichen, welcher hier mit eingebracht werden müsse, so Herr Hoffmann.

Das Ziel sei klar, die Frage sei, in welchen Schritten und wie schnell man dieses erreichen wolle, so Stadtrat Köstler. Er bemängelt die Zeitschiene und weist darauf hin, zu beginnen und nicht nur zu diskutieren.

Stadträtin Bulling-Schröter begrüße die Prüfung der Anträge im Hinblick auf die Nachhaltigkeit. Ihres Erachtens könne dies auch unbürokratisch erfolgen. Es sei aber auch klar, dass nicht jeder Nachhaltigkeit gleich sehe. Insofern sei die Debatte darüber wichtig.

Herr Meier informiert, dass im nächsten Teil des Nachhaltigkeitskonzeptes ein Modell im Hinblick auf die Sitzungsvorlagen, in Abstimmung mit dem Stadtrat, entwickelt werde. Zur Bürgerbeteiligung merkt er an, dass bei den weiteren Ausschreibungen sehr stark auf dieses Konzept Wert gelegt werde und weniger auf den Preis. Im Vordergrund müsse der Transfer der Nachhaltigkeit in die Bürgerschaft stehen.

Nachhaltigkeit als Konzept bestehe zum einen aus der Umwelt, aber auch aus sozialen und wirtschaftlichen Aspekten, welche gleichgestellte Ziele haben, so Stadtrat Schäuble. Nachhaltigkeit als langfristige Ressourcennutzung, ohne die Natur zu beanspruchen, aber gleichzeitig die Bedürfnisbefriedigung der Bürger zu sichern. Dies berge Konflikte und diese müssten ganz klar, auch von wirtschaftlicher und sozialer Seite, betrachtet werden. Dabei verweist er auf die steigenden Grundstücks- und Baukostenpreise, welche es für Normalbürger unmöglich machten, Eigentum zu erwerben. Diese Konflikte seien für die Leute sehr real, vor allem in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit und die finanzielle Nachhaltigkeit. Diese würden aber benötigt, um die Umweltziele auch finanzieren zu können. Auch dieser Aspekt dürfe nicht unbeleuchtet bleiben. Stadtrat Schäuble bittet, alle Aspekte der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und einen echten Interessensausgleich anzustreben. Nur so könne der Bürger mitgenommen werden. Er regt an, einen breiten Ansatz zu fahren und nicht schon fokussierte Ziele festzulegen.

Für Stadtrat Lange sei der Eindruck entstanden, dass das Thema nachhaltiges Bauen in Konflikt zu einem schnellen Baufortschritt stehe. Genauso wie die Automobilindustrie befinde sich auch die Bauindustrie in einem riesigen Transformationsprozess. Nachhaltiges Bauen sei keine Seltenheit mehr. Dies gehe bis zu 18-stöckigen Hochhäusern, welche ausschließlich aus Holz gebaut würden. Hier würden nicht die Auflagen das Problem sein, sondern der Veränderungsprozess. Es dürfe nicht die Problematik aufgebaut werden, dass nicht schnell genug gebaut werden könne. Hier werde das Gegenteil der Fall sein. Je mehr sich in der Industrie nachhaltiges Bauen durchsetze, desto leichter werde es. An Herrn Hoffmann gewandt, bittet er, am Ball zu bleiben. Ingolstadt solle einer der nachhaltigsten Bauherren weltweit werden.

Der Idealzustand sei, nachhaltig und trotzdem kostengünstig zu bauen, so der Oberbürgermeister. Man solle beiden Zielen gerecht werden.

Wenn man von der Nachhaltigkeit spreche, müssten alle 17 Ziele im Auge behalten werden, so Stadtrat Stachel. Das Thema Klimaschutz sei ein zentrales Thema, aber Klimaschutz ohne sozialen Frieden in der Welt helfe Ingolstadt nicht. Insofern sei es schon wichtig, den Klimaschutz nicht über alles zu stellen, sondern zu bedenken, dass dies ein Bestandteil des Ganzen sei. Mit der Zeitschiene von sechseinhalb Jahren mache man dem Ganzen mächtigen Druck. Man solle aber nicht so blauäugig sein und denken, dass man in dieser Zeit die Welt ändern könne. Es handele sich hier um einen Generationenprozess. Um nicht den sozialen Frieden zu riskieren, müsse man sich die Zeit nehmen.

Stadtrat Dr. Schuhmann zeigt sich erfreut über die Ernsthaftigkeit dieser Diskussion. Es müsse aber klar sein, dass man in den nächsten Jahren nicht drumherum komme, Prioritäten zu setzen. Er vermisse bei allem die Fragen zu den Ausgaben im Hinblick auf die Kultur. Stadtrat Dr. Schuhmann appelliert, mit ähnlicher Ernsthaftigkeit über die Zukunftsinvestitionen im Sinne der Großstadt Ingolstadt zu diskutieren.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass ausdrücklich darauf geachtet worden sei, dass in den Akteursbeteiligungen auch die Kultur mit einbezogen sei. Hintergrund sei, dass heute ja einige davon gesprochen hätten, Routinen und Verhaltensweisen zu ändern. Die Kultur könne dem beitragen, diese Routinen brechen, Sichtweisen zu ändern und die Menschen emotional zu beteiligen. Eine wichtige Funktion der Kultur sei, die Menschen aus der Komfortzone zu holen und überraschend mitzunehmen. Weiter rate Bürgermeisterin Kleine zu Optimismus. Als Beispiel nehme sie das städtische Energiemanagement der vergangenen Jahre. Dort sei mit wenig Personal, aber mit großem Engagement einiges umgesetzt worden. Dabei verweist sie auf den Ausbau von Photovoltaik. Wenn gute Leute mit guten Zielen etwas umsetzten, dann werde ein gutes Ergebnis erzielt.

Stadtrat Dr. Spaeth vermisse ein wichtiges Luxusgut und verweist dabei auf die Gesundheit. Neben den ganzen Diskussionen zu den Finanzen und dem sozialen Frieden stehe die Gesundheit hinten an. Dabei verweist er auf die zunehmenden Hitzeperioden. Die Gesundheit müsse in den Fokus gerückt werden.

Es seien bereits ganz klar die Grenzen im Hinblick auf die Ressourcenknappheit gesetzt, so Stadträtin Leininger. Es können nicht mehr Materialien verwendet werden, welche einen umweltschädigenden Herstellungsprozess aufzeigten. Sie verweist auf den wichtigen Beitrag der Wirtschaft zu all diesen Fragen und die Abwägung bei den Beschlussfassungen.

Zu den politischen Aussagen von Stadtrat Schäuble und Stadtrat Stachel nahm Stadtrat Pauling Position ein. Es werde gesagt, dass den Leuten kein Druck gemacht werden solle. Den Druck habe man, weil ewig lange auf Selbstverpflichtung vertraut worden sei. Die Industrie habe bis dato nichts gemacht. So lange die Politik keine Verbote ausspreche, werde nichts passieren. Weiter finde er es asozial zu sagen, dass der Klimaschutz das Problem der kleinen Leute sei. Die Industrie müsse hier in die Pflicht genommen werden. Es könne kein Klimaschutz organisiert werden, welcher nicht sozial gerecht sei. Es dürfe keine Angst verbreitet werden.

Gegen drei Stimmen (AfD-Stadtratsfraktion):  
Entsprechend dem Antrag genehmigt.

